

Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Demokratieforschung

HANS-JÜRGEN BURCHARDT

Die einschlägigen Analysen der lateinamerikanischen Demokratien werden seit den 1990er Jahren von dem *regime analysis approach* dominiert, der sich auch als Transitionsforschung etablierte. Dieser Ansatz fokussiert institutionelle Faktoren und orientiert sich normativ an den Erfahrungen und Werten westlicher Demokratien. In Bezug auf die ökonomische Sphäre wird von der Transitionsforschung meist implizit vorausgesetzt, dass demokratische Regime durch freie Märkte gefördert werden und diese wiederum zu Wohlstand führen. Aber entgegen transitionsanalytischen Annahmen hat seit dem Demokratisierungsbeginn in vielen lateinamerikanischen Ländern die soziale Ungleichheit sogar zugenommen. Lateinamerika ist bis heute der Kontinent mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Das Verhältnis von Demokratie und sozialer Gleichheit muss darum neu gedacht werden.

Hans-Jürgen Burchardt: Prof. Dr., ist Lehrstuhlinhaber für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Nord-Süd-Beziehungen, Demokratie und soziale Ungleichheit, politische Ökonomie, Entwicklungstheorie sowie Globalisierung. Aktuelle Monographie: *Tiempos de cambio: Repensar América Latina* (Böll, San Salvador, 2006).

Schlagwörter: Demokratie, Transition, Demokratietheorie, Ungleichheit, Lateinamerika.

Seit der Jahrhundertwende befinden sich die Demokratien Lateinamerikas in einem profunden Wandel. Ein wichtiger Grund dieser neuen Dynamiken ist die politische Bedeutungszunahme der 'sozialen Frage', die bisher nur unbefriedigend bearbeitet wurde. Zwar wird die ab 1979 einsetzende Re-Demokratisierung der Region meist als erfolgreich bewertet. Doch die „demokratischste Region der Dritten Welt“ (Linz/Ste-

phan 1996) leidet bis heute unter einer beachtlichen sozialen Schlagseite. Denn es ist in fast drei Dekaden Demokratie nicht gelungen, das Mehr an politischer Mitbestimmung in ein Mehr an gesellschaftliche Teilhabe zu verwandeln. Dies stellt auch die Demokratieforschung vor neue Fragen.

Die einschlägigen Analysen der lateinamerikanischen Demokratien werden seit den 1990er Jahren von dem *regime analysis approach* dominiert, der sich auch als *Transitionsforschung* etablierte. Dieser Ansatz fokussiert institutionelle Faktoren und orientiert sich normativ an den Erfahrungen und Werten westlicher Demokratien (Ackerman 2006; Lynn Karl 1996). Basierend auf einem liberaldemokratischen Verständnis, welches vom Primat individueller Freiheit und politisch-rechtlicher Gleichheit ausgeht, wird dabei über das eindimensionale und elitäre Demokratiekonzept von Schumpeter (1942) und dem Polyarchie-Begriff von Dahl (1971; 1989) einem unterkomplexen Konzept von Demokratie und öffentlicher Sphäre universelle Geltungskraft zugesprochen. Neben dem institutionellen Design wird ein Fokus auf Wahlen gesetzt und als relevante politische Akteure werden Eliten sowie Regierungen und Parteien identifiziert (Munck 1996). Wie so häufig beruht die Popularität auch dieses Ansatzes wohl auf seiner Schlichtheit: So ist es den Transitionsanalysen gelungen, den Demokratisierungsgrad von Regimen quantitativen und vergleichenden Untersuchungen breit zugänglich zu machen und ein weites Feld von wissenschaftlichen Forschungs- sowie politischen Handlungsoptionen zu erschließen (Diamond et al. 1995; Linz/Stepan 1996).

Der empirische Befund, den Transitionsstudien ab den 1990er Jahren erhoben, machte deutlich, dass die lateinamerikanischen Demokratien gegenüber den institutionell voll entfalteten *embedded democracies* (Collier/Levitsky 1997) der OECD-Kernländer sichtbare Defizite aufweisen (als Überblick vgl. Burchardt 2006). Hervorgehoben wurden vor allem eine schwache Justiz und problematische Gewaltenteilung, eine prekäre Verrechtlichung der staatlichen (Selbst-) Beschränkung und fehlende *accountability* (Schedler 1999), die Existenz von demokratisch nicht kontrollierten *reserved domains* in der Politik (Garretón 1994; O'Donnell 1999a), eine chronische 'Unterbesteuerung' (Kaufman/Segura-Ubiergo 2001) sowie schwache Verwaltungen (Glade 1999), Parteien und Verbände (Alcántara/Freidenberg 2001).

Erste Erklärungsversuche für diese Defizite führten zu einer enthusiastischen Beschäftigung mit dem Beschreiben von Demokratien durch Attribute. Für die um die Jahrhundertwende knapp 120 weltweit existierenden formaldemokratischen Regime

wurden hierbei nicht weniger als 550 *diminished subtypes* (Collier/Levitsky 1995) vorgestellt (Carreras 1999). Tenor bei dieser Übung war die Erkenntnis, dass bei der Zusammensetzung von Regierung und Parlament zwar noch weitgehend über demokratische Wahlen entschieden wird, diese jedoch oft ihren verfassungsmäßig vorgegebenen Rahmen verletzen und darum als „illiberal democracy“ (Plattner 1997) oder als „electoral democracy“ (Schedler 1998) bezeichnet werden können. Danach bleibt oft eine autoritäre Regierungsweise im Rahmen einer weitgehend autoritären administrativen Struktur möglich und wird durch demokratische Wahlen sogar legitimiert – O’Donnell (1994) prägte hier den Begriff der „delegative democracy“.

Praxiserfahrungen aus der internationalen Politik, die mit dem Ziel antrat, Demokratie zu fördern, unterstrichen diese Befunde sowohl in Bezug auf Lateinamerika als auch auf andere Weltregionen. So wurde berichtet, dass in vielen Ländern Hybridregime vorzufinden wären, in denen in einer großen „Grauzone“ weder demokratisch noch autoritär regiert würde (Carothers 2002a). Diese Grauzone zeichnet sich auf der einen Seite durch *dominant-power politics* aus, bei denen sich eine Regierungselite trotz existierender Opposition und entfalteter demokratischer Institutionen die staatlichen Ressourcen sukzessive und umfassend aneignet. Auf der anderen Seite wird eine Art *feckless pluralism* beobachtet, wobei Partizipation primär über reguläre Wahlen ausgeübt wird und auch regelmäßige Machtwechsel zwischen den politischen Eliten stattfinden. Diese Eliten sind aber aufgrund einer generell niedrigen Partizipation unzureichend kontrollierbar und oft gesellschaftlich abgesondert, verfilzt, korrupt und leistungsschwach. Letztere Konfiguration ist besonders in Lateinamerika vorfindbar.

Dementsprechend wurde darauf hingewiesen, dass die oft implizit vorausgesetzte Annahme der Transitionsforschung, dass freie Wahlen und ein adäquates Institutionengefüge fast linear in eine politische Demokratisierung münden, in der Realität kaum vorzufinden ist. Die oben beschriebenen Phänomene sind danach keine Geburtswehen auf dem Weg zu liberaler Demokratie, sondern müssten vielmehr als eigene Entwicklungen verstanden werden. Eine Aufrechterhaltung des ‚Transitionsparadigmas‘ bietet darum der Politik wenig Orientierungshilfe an und seine weitere Verwendung wäre „...a dangerous habit of trying to impose a simplistic and often incorrect conceptual order on an empirical tableau of considerable complexity.“ (Carothers 2002a: 15).

■ Die Transitionsforschung – von der Beharrlichkeit eines Paradigmas

Die Vertreter des Transitionsansatzes haben sich von solchen Kritiken bisher nur wenig beeindruckt lassen. Auch das 2002 im renommierten *Journal of Democracy* erstmals ausgerufene Ende des Paradigmas mündete eher in vielfältige Rehabilita-

tionsversuche als in eine Debatte um mögliche Alternativen (Carothers 2002a; 2002b; Hyman 2002; Nodia 2002; O'Donnell 2002; Wollack 2002). Meistens wurden die Befunde um die Demokratiedefizite mit dem Hinweis gekontert, dass das für demokratische Regime erforderliche institutionelle setting noch nicht vollständig entfaltet sei. Daran schließt oft das Postulat für weitere Maßnahmen wie Verwaltungsmodernisierung und -kontrolle, Rechts- und Steuer- und Sozialsystemreformen, Dezentralisierung etc. an (Munck 2004).

Gelegentlich wurde auf Kritik auch mit einer Verfeinerung des methodischen Instrumentariums reagiert, die auf verschiedene Weise die demokratische Qualität der untersuchten Regime stärker ins Blickfeld nahm. Neben nordamerikanischen Versuchen in diese Richtung (O'Donnell et al. 2004) ist auf den *Bertelsmann Transformation Index* zu verweisen (BTI 2005; 2007). Referenzpunkt bleibt hierbei der OECD-Idealtyp der *embedded democracies*, die einen souveränen Territorialstaat, eine (kapitalistische) Marktwirtschaft sowie ein Mindestmaß an Säkularisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, des Rechtssystems und des Staates voraussetzen und sich durch das funktionierende Zusammenspiel der Subsysteme Wahlregime, politische Teilhaberechte, bürgerliche Freiheitsrechte, horizontale Gewaltkontrolle und effektive Regierungsgewalt auszeichnen.

Die Analyse dieser Teilregime in ihren (brüchigen) Interdependenzen sowie (In-) Kohärenzen soll dann in einer dreidimensionalen Analyse Aufschlüsse über die Qualität der zu untersuchenden Demokratien geben. Dort, wo sie vom Idealtyp abweichen, können Defekte identifiziert werden. Mit dieser Methode haben die 'Defektologen' in zahlreichen Länderstudien die vier Subtypen exklusive, illiberale, delegative und Enklavendemokratie extrapoliert (Merkel et al. 2003; 2006). Das Vorverständnis von Demokratie als nationalstaatliche Marktdemokratie westlich-liberalen Zuschnitts und das methodische Vorgehen machen deutlich, dass sich auch die 'Defektologie' klar im Koordinatenkreuz des Transitionsansatzes bewegt. Trotz eines elaborierten methodischen und theoretischen Analysegerüsts hat der Typologisierungsvorschlag der *defekten Demokratien* nur wenig Einfluss auf die Debatte genommen und auch international nur geringe Beachtung gefunden.

Ein anderer Versuch, die Transitionsforschung über Erweiterungen stärker an die Wirklichkeit der lateinamerikanischen Demokratien heranzubringen, ist ihre Öffnung in Richtung einer handlungstheoretischen Perspektive. Denn werden Verhaltensvariablen im Sinne Max Webers als konstitutiver Bestandteil des Institutionengefüges

verstanden, muss sich ein analytischer Fokus auf Institutionen auch mit den Verhaltensweisen von Akteuren beschäftigen, die politisch gesetzte Regeln erst akzeptieren und internalisieren müssen, um sie effektiv zu machen. Aus transitionsanalytischer Perspektive wird nun vorgeschlagen, die strategische Akzeptanz oder Absage der wichtigsten politischen Akteure eines Regimes gegenüber den politisch gesetzten Regeln zu analysieren (Munck 1996). Mit einem solchen Fokus auf zentrale Akteure können aber umfassende Handlungsmuster in politischen Interaktionsprozessen kaum ausreichend erklärt werden.

Diese Begrenzungen führten zu dem Vorschlag, in die Transitionsforschung stärker Elemente der *cultural studies* zu integrieren (Krischke 2000). Den *cultural studies* gelingt es mit ihrem auf nicht institutionalisierte öffentliche Sphären ausgedehnten Politikbegriff und ihrem Fokus auf subalterne Gegenöffentlichkeiten durchaus, spezifische politische Kulturen und Handlungsebenen verschiedener Akteure präziser zu bestimmen (Alvarez et al. 1998). Ihre methodischen Probleme, dass ihre Forschungen nur schwer operationalisierbar und quantifizierbar sind, wodurch auch vergleichende Studien erschwert werden, macht sie für die Transitionsforschung aber wenig attraktiv. Die Anregung eines integrierten Ansatzes ist darum vermutlich aufgrund schwer oder gar nicht überbrückbarer methodischer Divergenzen bisher nicht aufgegriffen worden.

Ein weiterer Beitrag, die demokratischen Defizite Lateinamerikas innerhalb der Transitionsforschung zu erklären, besteht in der Ergänzung des Polyarchie-Begriffs um die Dimension der Rechtsstaatlichkeit als konstitutives Element von Demokratie (O'Donnell 1999b). Dabei wird das Rechtssystem (*rule of law*) nicht nur als Garant bestimmter politischer Rechte angesehen. Vielmehr ist es auch Ausdruck von Gleichheit zwischen Individuen nicht nur als Individuen, sondern als legale Personen und konsequenterweise somit als Bürger (*citizen*). Citizens sind Träger von Rechten und Pflichten, die von ihrer Teilnahme in einem politischen System herrühren, ihnen einen gewissen Grad an Autonomie garantieren, sie aber auch verantwortlich für ihre Taten machen (O'Donnell 1998a; 1999a).

Nach diesem Verständnis steht in Lateinamerika einer mehr oder weniger effizienten Einführung von Polyarchie eine sehr unvollständige Einführung von Bürgerrechten gegenüber. Diese schwach ausgeprägten Bürgerrechte (*low-intensive-citizenship*) korrelieren mit extensiver Armut, extremen Einkommensdisparitäten und anderen Formen von Diskriminierung, da Ungleichheit und Armut die Entstehung von autoritären Beziehungen fördert. Die elementare Einschränkung der Bürgerrechte erlaubt wiederum Eliten eine Herrschaftsausübung, die einige Bevölkerungsgruppen faktisch

von politischer Partizipation ausschließt und erklärt so die Existenz der „low-quality-democracies“ (O'Donnell 1998a; 1998b).

Eine vollständige Entfaltung der Demokratien würde hingegen eine universalistische Umsetzung von formalen Bürgerrechte voraussetzen, die sich als demokratische Rechtsstaatlichkeit artikuliert und sich neben der Habermas'schen vierten Rechtsdimension der staatlichen (Selbst-) Beschränkung durch Verlässlichkeit und überprüfbarer Verantwortlichkeit (*accountability*) auszeichnet (O'Donnell 1999b; Peruzzotti/Smulovitz 2002; Przeworski et al. 1999). Mit dieser definitorischen Dehnung und dem Konzept der *low-intensive-citizenship* gelingt es, das unterkomplexe Demokratieverständnis des Polyarchie-Begriffs um eine soziale Dimension zu erweitern, ohne das methodische Grundgerüst der Transitionsforschung zu verlassen. Inwieweit diese Vorgehensweise dem Wunsche methodischer Klarheit geschuldet ist, eine Ehrenrettung der Transitionsanalyse intendiert oder doch erkenntnistheoretischen Mehrwert generiert, mag weiteren Diskussionen vorbehalten bleiben.

■ Vom Ende der Geschichte zum Ende des Paradigmas?

In den letzten Jahren ist in den Demokratien Lateinamerikas das Bewusstsein darüber gewachsen, dass sich das Heilsversprechen „Je demokratischer, desto sozial gerechter, und je gerechter, desto demokratischer“ des Transitionsansatzes *nicht* verwirklichte. Denn es ist in rund drei Dekaden Demokratie nicht gelungen, die extremen sozialen Ungleichheiten von Einkommen, Reichtum sowie generellen Lebenschancen auf dem Subkontinent abzubauen. Entgegen transitionsanalytischen Annahmen hat seit dem Demokratisierungsbeginn in vielen lateinamerikanischen Ländern die soziale Ungleichheit sogar zugenommen. Lateinamerika ist bis heute der Kontinent mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Dabei sind nicht nur dramatische Einkommensdisparitäten zu benennen, sondern zusätzlich ungleiche Zugänge zu Basisgütern wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Elektrizität oder Telekommunikation (CEPAL 2007).

Die sozialen Ungleichheiten Lateinamerikas zeichnen sich durch eine überproportional hohe Einkommenskonzentration im obersten Dezil der Verteilung aus (de Ferranti et al. 2004). Verschärft wurde die Ungleichheit noch durch einen signifikanten Anstieg der Armut, bei dem in mehreren Ländern auch beachtlichere Teile der Mittelschichten pauperisierten. 2005 lebten mehr als 40% der lateinamerikanischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze (CEPAL 2006; World Bank 2006). Zwar lässt sich in den letzten Jahren in einigen Ländern erstmals ein leichter Rückgang von Armut und Un-

gleichheit konstatieren, dieser ist allerdings ausgeprägter in Demokratien vorzufinden, die von dem liberalen Modell abweichen (CEPAL 2007).

Diese Zustände machten die soziale Frage im demokratisierten Lateinamerika, welches seit Mitte der 1990er Jahre mustergültige Rankings auf allen bedeutenden Messindizes zu Demokratie bekommt (Wehr 2006), wieder virulent. So kommt eine umfangreiche Erhebung und Analyse des PNUD über die lateinamerikanischen Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Schluss, dass die Vernachlässigung der sozialen Dimensionen der Demokratien zunehmend deren Legitimation untergräbt. Das PNUD glaubt ein spezifisches „lateinamerikanisches Dreieck“ auszumachen, welches sich durch soziale Ungleichheit, Armut und Wahldemokratie auszeichnet (PNUD 2004a).

Überraschend ist weniger dieser Befund als seine Bewertung, die das PNUD danach von renommierten Demokratietheoretikern durchführen ließ (PNUD 2004b). Denn auch hier werden trotz der Problematisierung sozialer Ungleichheiten die augenscheinlichen Inkonsistenzen der Transitionsforschung nicht hinterfragt. Sowohl in der empirischen Erhebung als auch in den theoretischen Erklärungen prägen weiterhin institutionelle Ansätze die PNUD-Studie und die daran anknüpfende Debatte. Weitergehende Reflexionen finden nur über Hinweise auf die OECD-Zentriertheit des demokratischen Idealtyps von Staat und Demokratie sowie über eine Ausweitung des citizenship-Konzepts auf soziale Akzente statt (PNUD 2004b). Diese eher spärlichen Reaktionen auf die empirische Evidenz machen deutlich, dass auch innerhalb der lateinamerikanischen Demokratiedebatte das Problem der Persistenz der sozialen Ungleichheit noch zu keinen weiterführenden Neuerungen geführt hat.

Was der Theorie noch Schwierigkeiten bereitet, setzte sich in der Praxis wesentlich rascher durch: Ihre Virulenz katapultierte die soziale Frage während der letzten Jahrhundertwende auf die politische Agenda Lateinamerikas. Sie war dabei nicht ausschließlich, aber doch im bemerkenswerten Umfang für einen weiteren Trend der Region verantwortlich: die profunde Krise der repräsentativen Demokratie. Ihren ersten politischen Ausdruck fand diese Krise mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998, der für seinen Aufruf, die einstige ‚Musterdemokratie‘ Venezuela abzuwählen, die breite Unterstützung der Massen erhielt. Die Krise der Repräsentation setzte sich dann über zahlreiche Regierungswechsel zugunsten von Parteien mit einer stärkeren Sensibilität gegenüber der sozialen Frage in der ganzen Region fort und fand ihre bisher prägnanteste Ausprägung in den Andenländern (Mainwaring 2006). Neben dem ungelösten Problem der sozialen Frage führen Analysen oft einen rasanter Vertrauensverlust der Bürger in die traditionellen Parteien und politischen Eliten sowie die oft

mangelnde demokratische Qualität der bestehenden Institutionen als Gründe für diese politische Zäsur an (Dirmoser 2005; Hagopian/Mainwaring 2005).

Das Bemerkenswerte an dieser auch als 'Linkswende' beschriebenen Verschiebung der Kräftekonstellationen ist nicht der Wahlerfolg von Regierungen, die sich mehr für soziale Belange einsetzen wollen. Vielmehr ist mit diesem politischen Erdbeben oft auch eine recht vehemente Kritik an dem bisherigen liberalen Demokratieverständnis verbunden. Deutlich machen dies die indigenen Bewegungen, die seit dem letzten Jahrzehnt zu einer einflussreichen sozialen Bewegung heranwachsen und heute eine feste politische Größe in Lateinamerika sind. Diesen Bewegungen geht es weniger um eine ethnische Aufladung der repräsentativen Demokratie, sondern vielmehr um neue Politikmuster und -praxen, die stärker auf autochthonen Erfahrungen und kultureller Diversität basieren und als Weiterentwicklung der bisherigen Demokratietypen verstanden werden können (Madrid 2005; Van Cott 2005; Yashar 1999).

Derartige Entwicklungen werden aus demokratietheoretischer Perspektive oft mit Besorgnis beobachtet: So entstand in den letzten Jahren eine Debatte darüber, welche der neuen lateinamerikanischen Regierungen Reformpotenzial für eine demokratische Vertiefung eröffnen und welche eher die Möglichkeit auf autoritäre Regressionen erhöhen (Vilas 2005). Sind die dabei verwendeten Bewertungskriterien transitionsanalytisch inspiriert, ist das Ergebnis der Analyse wenig erstaunlich: Die neuen Regimevarianzen, die bisher den liberaldemokratischen Rahmen nicht verlassen wie Brasilien und Chile weisen positive Entwicklungspotenziale auf, während in Ländern wie Venezuela und Bolivien zunehmend der demokratische Charakter der Regime hinterfragt wird (BTI 2007).

Mit diesem Vorgehen zeichnet sich die Transitionsforschung bei ihren Betrachtungen der lateinamerikanischen Wirklichkeiten durch eine zweifache Blindheit aus: Zwar ist sie zum einen in der Lage, Abweichungen vom früheren status quo der repräsentativen Demokratien zu benennen. Sie ignoriert allerdings, dass die von ihr identifizierten Abweichungen in der Regel erst die Antwort auf gescheiterte Prozesse demokratischer Repräsentanz waren. Mit dieser Verwechslung von Ursache und Wirkung versperrt sich die Transitionsanalyse nicht nur die Möglichkeit, die Ineffizienzen oder gar das Scheitern von liberaldemokratischer Repräsentanz zu analysieren. Sie bietet als Antwort auf die neuen Entwicklungen meist auch die Rückkehr zum Zustand der früheren repräsentativen Politik an und fordert somit die Wiederherstellung genau

der Regimekonfigurationen, die die von ihr kritisierten Abweichungen erst provoziert haben.

Zum anderen verstellt sich die Transitionsforschung den Blick auf wichtige politische Veränderungen in denen von ihr betrachteten Regimen. Dies wird an einer tiefer gehenden Analyse der Kategorie des (neuen) *Populismus*, der – nicht nur - von ihr heute oft wieder zur Beschreibung des Verlustes demokratischer Qualität verwendet wird, deutlich. Populismus sieht als Ausdruck von Anti-Institutionalismus, Personalismus und Paternalismus verregelte Verfahren, politische Institutionen und intermediäre Organisationen oft als lästig an (Boeckh 2003). Das macht ihn für die Transitionsforschung suspekt bis bedrohlich. Zweifelsohne hat Populismus durch die von ihm geförderte Schwächung von demokratischen Institutionen sowie einer Konzentration der Entscheidungsgewalt auf eine charismatische Führung und deren Exekutive einen Hang zum Autoritarismus. Diese Gefahr darf nie unterschätzt werden.

Allerdings ist Populismus auch eine Politikform, der es gelegentlich gelingt, über Antikonformismus, über die Beschwörung eines imaginäres Kollektivs und über die Begründung eines neues Projektes gesellschaftliche Krisen zu bewältigen und ein neues soziales und politisches Gleichgewicht zu schaffen (Aibar Gaete 2007; Arditi 2005). Der Populismus stellt darum heute in einigen Ländern Lateinamerikas die politische Kommunikation zwischen Regierenden und den Regierten her, die die repräsentative Demokratie nicht mehr gewährleisten konnte. Er kann somit auch zum Vehikel einer breiten politischen Mobilisierung werden und theoretisch in eine Ausweitung demokratischer Rechte münden. Die transitionsanalytische Übung, liberaldemokratische Politiken einem neuen Populismus gegenüberzustellen, ist darum falsch ausgerichtet. Sie verwechselt Form und Inhalt: Populismus hat weder eine originäre Idee noch eine universelle Theorie oder gar ein bestimmtes Menschen- und Gesellschaftsbild. Er artikuliert vielmehr den Willen, das Gemeinwohl neu zu definieren und ist regimeneutral: Gedieh er früher oft in autoritären Systemen, legitimierte er in den 1980er Jahren in Lateinamerika z.B. neoliberale Strukturanpassungen innerhalb der demokratischen Regime (Weyland 1999).

Der zentrale Punkt bei der analytischen Betrachtung von Populismus ist vielmehr, dass die durch den Populismus geförderte politische Mobilisierung nicht mit politischer Partizipation selbst verwechselt werden darf. Denn letztere setzt nicht nur eine gewisse Mobilisierung und Mitbestimmung voraus, sondern auch formale Prozedere und institutionelle Verregelungen, um sich universell abzusichern. Die Frage der Demokratie in Ländern mit (neo-) populistischen Politiken ist also nicht die Frage nach der Existenz von Populismus, sondern nach der Konvergenz zwischen Mo-

bilisierung und Partizipation. Die in vielen Ländern hier existierende Gemengelage lässt oft noch keine eindeutigen Aussagen zu diesen Entwicklungen zu. Um mehr Klarheit zu erlangen, müssten allerdings auch die politischen Mobilisierungsformen, niedrigschwellig institutionalisierte Partizipationsformen und subalterne Akteure und Öffentlichkeiten stärker in den Blick genommen werden.

Auch die wirkungsmächtig werdenden autochthonen Demokratievorstellungen und Partizipationspraxen der indigenen Bewegungen stellen die Demokratieforschung vor neue Fragen. Mit der Bedeutungszunahme kultureller Differenzen und historisch-spezifischer Rahmenbedingungen, die nicht nur auf die politische Kultur, sondern auch auf das institutionelle setting von Demokratie durchschlagen, wird die Idee des Universalismus des transitionsanalytischen Demokratieverständnisses hinterfragt (Carothers 2002a; Ruíz Murrieta 2003). Es bleibt weiterhin zu klären, wie mit dem bisherigen Versagen von politischer Repräsentanz gegenüber indigenen oder anderen traditionell diskriminierten Gruppen umgegangen wird und wie z.B. autochthone Partizipationspraxen in das unterkomplexe Demokratiekonzept eingebaut werden können.

■ Die Demokratie neu denken

Fassen wir die bisherigen Ergebnisse zusammen: Die Transitionsforschung macht mit ihrem unterkomplexen Demokratiebegriff liberaldemokratische Regime zwar empirischen Erhebungen zugänglich; sie kann aber wichtige Evidenzen der relativ entfalteten Demokratien Lateinamerikas weder ausreichend erfassen noch erklären. Zusätzlich werden von dort zentrale normative Grundannahmen wie ihr okzidentales Referenzsystem und ihr universalistischer Anspruch in Frage gestellt. Weiterhin stehen einige ihrer methodischen Vorannahmen wie die Idee einer linearen Verlaufsform der Demokratisierungsprozesse mit Demokratie als statischem Endprodukt auf dem Prüfstand. Lateinamerikas politische Wirklichkeit setzt darum eine Re-Artikulierung der methodischen und theoretischen Ansätze auf die Forschungsagenda der Demokratieforschung. Besonders dringlich scheint hierbei eine Neubestimmung der Interdependenzen zwischen Politik und den ökonomisch-sozialen Determinanten demokratischer Entwicklung zu sein.

In Bezug auf die ökonomische Sphäre wird von der Transitionsforschung meist implizit vorausgesetzt, dass demokratische Regime durch freie Märkte gefördert werden und diese wiederum zu Wohlstand führen. Demokratie wird entsprechend den Erfahrungen der OECD-Länder mit Wirtschaftswachstum und steigenden Lebens-

standards assoziiert. Eine Stilisierung dieses Verständnisses prägt der Begriff 'Marktdemokratie' (exemplarisch: BTI 2005). Empirische Befunde belegen allerdings eine äußerst schwache Konvergenz zwischen ökonomischer und politischer Liberalisierung während der Re-Demokratisierung Lateinamerikas (Evans 1995). Und in Bezug auf die Konsolidierung und Vertiefung der Demokratien scheint die Marktwirtschaft bisher eher kontraproduktive Einflüsse gehabt zu haben: Die ab den 1980er Jahren implementierten neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen führten in den meisten Ländern der Region zu einer drastischen Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut sowie zu einer deutlichen Verschlechterung und Informalisierung der Arbeitsbeziehungen (Harvey 2005). Die Folge war oft eine soziale Fragmentierung sowie ein Einflussverlust politischer Verbände von subalternen Interessen (Portes/Hoffmann 2003), was wiederum für größere Bevölkerungsteile die Wahrnehmungschancen auf politische und zivile Rechte einschränkte (PNUD 2004a).

Weiterhin gingen die neoliberalen Strukturanpassungen oft mit einer Schwächung der Nationalstaaten einher, die mit ihrem Autoritätsverlust auch an territorialer Souveränität einbüßten und somit die bis heute zentrale Bezugseinheit von Demokratie erodierten (Burchardt 2006). Und auch der mit der ökonomischen Liberalisierung stattfindende wachsende Einfluss oft potenter internationaler Akteure und Institutionen wie Entwicklungsagenturen, dem IWF oder die globalen Finanzmärkte hinterfragt oder untergräbt bereits das Gewicht lokaler politischer Mitbestimmungsrechte (Petras/Veltmeyer 2000; PNUD 2004a). Demokratie und Markt sind also nicht zwangsweise synergetisch, sondern können ebenso gut widersprüchlich zueinander stehen.

Noch deutlicher wird die Notwendigkeit, in die Demokratietheorie ökonomisch-soziale Komponenten zu reintegrieren, wenn wir die sozialen Dimensionen der lateinamerikanischen Demokratien betrachten. Das Motto 'je demokratischer, desto sozial gerechter' hat sich dort ins Gegenteil verkehrt. Außerhalb der OECD erhobene Daten bestätigen diesen Befund auch für andere Regionen und zeigen, dass innerhalb von Demokratien Umverteilungspolitiken nicht selten dazu tendieren, existierende Ungleichheiten zugunsten der Privilegierten zu vergrößern anstatt diese abzubauen (Nel 2005). Dadurch gerät die Transitionsforschung prinzipiell unter Erklärungs-zwang und in Lateinamerika die Demokratie zusätzlich unter Legitimationsdruck (PNUD 2004a; 2004b). Denn ausgeprägte Einkommensdisparitäten und Armut stehen häufig in einer Wechselverhältnis mit autoritären und antidemokratischen Beziehungen sowie mit verschiedenen anderen Diskriminierungsformen- und gefährden damit die Gewährleistung politischer Rechte. Das Verhältnis von Demokratie und sozialer Gleichheit muss darum neu gedacht werden.

Es gibt bereits Ansätze, die sich dieser Herausforderung methodisch und theoretisch stellen. Die vermutlich wichtigsten Versuche, die liberale Demokratietheorie um eine ökonomisch-soziale Dimension zu erweitern, gehen auf Amartya Sen und John Rawls zurück. Sen (2003) schreibt in seinen entwicklungsökonomischen Betrachtungen ökonomischen Verfügungsrechten (*entitlements*), sozialen Chancen (*opportunities*) sowie sozialen Kompetenzen (*capabilities*) die Funktion zu, die Umsetzung des liberalen Primats der individuellen Freiheit zu gewährleisten. Für die Verteilung dieser Zugangsrechte und Chancen sind vor allem die ökonomische Grundausstattung, die Tauschbedingungen sowie legal verfasste Ansprüche verantwortlich; eine demokratische Politik und Kultur bieten für Sen dafür den am besten geeigneten Handlungsrahmen. Mit diesem Ansatz wird unterstrichen, dass die Existenz legal verfasster Zugangsrechte allein nicht ausreicht, um auch die Inanspruchnahme dieser Rechte zu garantieren und somit auf das wechselseitige Verhältnis zwischen sozialer (Un-) Gleichheit, politischer Partizipation und ökonomischer Grundausstattung verwiesen. Und durch die Umbenennung von Verfügungsrechten, Chancen und Kompetenzen in Freiheiten kann deren Mangel oder Abwesenheit als Unfreiheit deklariert werden – ökonomisch-soziale Dimensionen der Gesellschaft werden somit in das methodische Koordinatenkreuz der liberalen Theorie gehoben.

Rawls (2002) lagert in seiner liberalen politischen Philosophie dem Primat der individuellen Freiheit und politisch-rechtlichen Gleichheit die Dimension einer 'fairen Chancengleichheit' an. Ähnlich wie bei Sen liegt dieser Bemühung die Erkenntnis zugrunde, dass soziale sowie andere Faktoren die individuelle Chancenwahrnehmung beeinflussen und ggf. soziale Ungleichheit perpetuieren oder gar vergrößern können. Deshalb ist es erforderlich, soziale und demokratische Regelinstanzen zu schaffen, die Verfahrensgerechtigkeit gewährleisten und für Gerechtigkeit als Fairness sorgen. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind für Rawls als Differenzprinzip nur dann akzeptabel, wenn sie mit demokratisch erreichbaren Ämtern und Positionen verbunden sind und wenn sie denjenigen, die am wenigsten begünstigt sind, am meisten zugute kommen.

Diese liberalen Weiterführungen in Richtung ökonomisch-soziale Komponenten haben auch die lateinamerikanische Debatte zum Verhältnis zwischen Demokratie und (Un-) Gleichheit inspiriert. Im Mittelpunkt steht hier oft das *Citizenship* Konzept, dessen liberaler Kern der politischen Gleichheit um verschiedene weitere Dimensionen wie soziale oder kulturelle *Citizenship* angereichert werden soll. Ziel

dieser Debatte ist der Versuch, über eine neue Aneignung und partizipatorische Aufladung des definitorisch immer umkämpften Konzeptes *Citizenship* die formalen politischen Rechten in reelle gesellschaftliche Inklusionschancen umzuwandeln (Cheresky 2006; Dagnino et al. 2006; PNUD 2004b; Sandoval 2006)

Doch die der liberalen Theorie verbundenen Ansätze, ökonomisch-soziale Komponenten in die Demokratietheorie zu integrieren, sehen sich mit einem immanenten Problem konfrontiert: Sie gehen weiter von dem Individuum aus, welches primär eine Optimierung von Freiheitsgraden anstrebt. Die originäre Generierung von individuellen Talenten oder Kompetenzen findet für die liberale Theorie somit außerhalb des sozialen Handelns selbst statt; dementsprechend steht nicht mehr deren Entstehung, sondern nur noch die Formen ihrer Förderung im Mittelpunkt der Betrachtung. Und wenn diese Förderung über Ermöglicungen (*enabling*) und demokratisch organisierte Zugänge geregelt wird, garantiert mehr Chancengleichheit auch mehr soziale Gleichheit, ohne im Widerspruch mit dem liberalen Primat der Freiheit zu stehen.

Die liberale Theorie hat damit kein Verständnis von der prägenden Kraft sozialer Gemeinschaften und Strukturen auf Habitus, Kompetenzen, Handlungen sowie Zielvorstellungen der Akteure. Sie ignoriert die soziologische Erkenntnis, dass individuelle Handlungen und auch die Entstehung von Talenten, Kompetenzen bis hin zu Lebensstilen zwar nicht ausschließlich, aber doch stark durch soziale Milieus geprägt wird. Denn die Frage von sozialer (Un-) Gleichheit wird meistens in sozialen Milieus und Feldern entschieden, die denen von der liberalen Theorie geforderten Institutionen der Verfahrensgerechtigkeit vorgelagert sind (Bourdieu 1988). Ein effektiver Abbau sozialer Ungleichheit müsste darum nicht primär über individuelle Ermöglicungen und die Demokratisierung von Zugängen, sondern durch die materielle Förderung und intellektuelle Stärkung subalternen Milieus und Gemeinschaften stattfinden.

Die liberale Fokussierung auf das Individuum dokumentiert gleichzeitig die Schwäche der *Citizenship*-Debatte. Denn die Einforderung von Bürgerrechten zur Schaffung von mehr Partizipation erfordert auch Ressourcen. Diese Bedingung überschätzt und überfordert schlechter ausgestattete Individuen. Darum können das partizipatorische (Staats-) Bürgertum nur die Bürger genießen, die im Zweifelsfall in der Lage sind, Rechtsmittel auch gegen den Staat einzusetzen. Auch die *Citizenship*-Debatte kränkelt darum an einem ungenügenden Verständnis von sozialer Ungleichheit – selbst wenn sie sich die Verringerung derselben auf die Fahne geschrieben hat.

Eine Integration ökonomisch-sozialer Komponenten in die Demokratietheorie müsste darum die bisherigen Ansätze nicht ausdehnen, sondern Demokratie neu denken. Letztendlich sollte es darum gehen, Konvergenzen zwischen der liberalen Theorietradition und anderen Demokratievorstellungen herzustellen. Denn mit Blick auf die autoritären Erfahrungen des Nationalsozialismus, des Sowjetsozialismus, aber auch der lateinamerikanischen Militärdiktaturen sind die von der liberalen Theorie gezogenen Grenzen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten zu begrüßen und unterstützenswert. Regelmäßig neu zu diskutieren und zu bestimmen sind allerdings die getroffenen liberalen Demarkationslinien.

Um dies in einem demokratischen Prozess und Dialog zu gewährleisten, müssen alle betroffenen Interessensgruppen nicht nur über politisch-rechtliche Gleichheit, sondern auch über die gleiche Ausstattung verfügen. Dies macht schon im Vorfeld institutioneller Politik eine materielle und ideelle Förderung von subalternen Gemeinschaften und Assoziationen schwacher Interessensvertretungen erforderlich, die die Wirkung vorhandener Machtasymmetrien neutralisieren helfen (Cohen 1995). Damit ist demokratische Partizipation immer auch an Umverteilung gekoppelt, so dass eine gleichberechtigte Teilnahme aller, eine *partizipatorische Parität* (Fraser/Honneth 2006) am Entscheidungsprozess garantiert ist. Diese Positionen schließen an die Auseinandersetzungen um soziale Teilhaberechte an (Marshall 1949), welche die Mitbestimmung in der ökonomischen Sphäre als ein demokratisches Recht hervorheben und dem demokratischen Staat einen entsprechenden Auftrag zuweisen.

Demokratie ist danach als eine politische Verfassung zu verstehen, die ihren Bürgern nicht nur politisch-legale Gleichheit, sondern auch soziale Inklusion gewährleistet, um neben der 'Formalgeltung' der freiheitssichernden Grundrechte auch das Recht auf deren 'Realwirkung' für alle Menschen zu garantieren. Ein solches Konzept von Demokratie geht davon aus, dass die Gleichheit des Menschen nicht als Faktizität, sondern als Ziel und Auftrag eines demokratisch legitimierten Staates verstanden werden muss, der als Volkssouverän handelt. Es basiert somit auf der Einsicht, dass die der Demokratie zugrunde liegende Ordnung von sich aus nur unzureichende Gerechtigkeitsstandards schafft, die darum modifiziert werden müssen. Eine solche 'soziale Demokratie' hat nicht nur korrigierenden Charakter oder übt stabilisierende Funktionen aus, sie verfügt auch über ein beachtliches Reformpotenzial, welches eine Gesellschaftsordnung in ihren Grundfesten berühren kann.

Diese Erkenntnis ist den zentralen Akteuren, die in Lateinamerika politischen und ökonomischen Einfluss ausüben, wahrscheinlich sehr bewusst. Darum könnte man die Persistenz von sozialer Ungleichheit innerhalb liberaldemokratischer Regime in der Region mit Strategien der Herrschaftsabsicherung erklären, mit denen über spezifische Schließungsmechanismen eine Ausdehnung der liberalen zur sozialen Demokratie verhindert wird. Hinweise darauf bieten zahlreiche Analysen, die dokumentieren, dass es den Eliten in Lateinamerika immer wieder gelingt, ihre Privilegien z.B. durch die Kontrolle des Zugangs zum Wahlrecht, zu Land oder zu Bildung zu verteidigen (Huber et al 2006; Acemoglu/Robinson 2005). Im Sinne Max Webers wäre das Ziel von solchen Schließungsprozessen, die Zahl der Konkurrenten um spezifische Chancen, Güter oder Ressourcen gering zu halten und somit die Unterordnung gesellschaftlicher Gruppen zu garantieren. Solche partiellen Schließungen wirken in Feldern wie Bildung und Ökonomie, die den demokratischen Institutionen vorgelegt sind und schaffen dann innerhalb der demokratischen Institutionen selbst 'partizipative Disparitäten', die wiederum bereits existierende Ungleichheitsstrukturen festigen und ausbauen (Wehr 2007).

Aus einer solchen Schlussfolgerung ergeben sich zwei neue Fragestellungen. Als *erstes*: Wie werden in den für (Un-) Gleichheitskonstellationen wichtigen Feldern – wie z.B. dem Steuersystem, der Bildung, den sozialen Sicherungssystemen oder den Arbeitsbeziehungen – Schließungsprozesse politisch organisiert und wie werden dabei vorhandene institutionelle demokratische Mechanismen unterlaufen? Stärker im Fokus haben hier die für die Transitionsforschung nicht sichtbaren *non-democratic institutional arrangements* (Hagopian 1996) zu stehen, die als heterogene, formelle wie informelle Macht- und Regelsysteme die demokratischen Regime durchdringen und politische Partizipation konterkarieren und verhindern. Denn informelle Partizipation, also bestimmende, nicht transparente, oft sozial exklusive Muster privater Einflussnahme wie Korruption, Klientelismus oder Nepotismus sind in politischen Regimen mit hoher sozialer Ungleichheit und extremer Armut oft endemisch.

Dies führt direkt zur *zweiten* Frage: Welches sind die Akteure und soziale Gruppen, die diese Ausschlüsse als partikulare Interessenpolitiken betreiben? In der einschlägigen Demokratieforschung werden schwerpunktmäßig zwei relevante Akteursgruppen analytisch ins Blickfeld genommen: Zum einen intellektuelle und politische Eliten als Verbände, Parteien etc. oder Funktionseleiten als rationale Interessensvertreter von gesellschaftlichen Subsystemen (Birle et. al 2007). Zum anderen werden oft subalterne Gruppen, soziale Bewegungen oder intermediäre – zivilgesellschaftliche – Organisationen als wichtige Akteure der Demokratie benannt.

Systematische Arbeiten zu Lateinamerika, die Verteilungsblockaden untersuchen und dabei auch die zentralen Machteliten sowie deren Vetopotentiale in den Blick nehmen, existieren bisher jedoch nicht. Bemerkenswert wenig Untersuchungen gibt es insbesondere zu der sozialen Gruppe, die empirisch als `Vermögenselite´ darstellbar ist. Es ist unklar, ob diese Gruppe über einen Vergesellschaftungsgrad verfügt, ob und wie sie politisch organisiert ist und welche Interessenpräferenzen sie verfolgt. Augenscheinlich ist allerdings das Vorhandensein ihres gesellschaftlichen Gewichts: Konnte sie sich doch bisher allen Umverteilungspolitikern weitgehend entziehen; und dies zu einem gewissen Grad sogar unabhängig davon, welche politischen und ökonomischen Regime in den letzten Jahrzehnten die lateinamerikanische Landschaft prägten (Acemoglu/Robinson 2005; de Ferranti et al. 2004).

Einsichten darüber, wer in Lateinamerika über welche Ausschlussmechanismen die Ausweitung zur sozialen Demokratie und damit den Abbau der sozialen Ungleichheit verhindert, verspricht aufschlussreiche Erkenntnisse für die Demokratietheorie und vermutlich auch für die politische Praxis – und das nicht nur in Lateinamerika. ☒

Literatur

- Acemoglu, Daron und Robinson, James 2005: *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Ackerman, John M. 2006: "Democratización: pasado, presente y futuro", in: *Perfiles Latinoamericanos* 14, 28, S. 117-157.
- Alcántara Saez, Manuel und Freidenberg, Flavia (Hrsg.) 2001: *Partidos políticos de América Latina. Países andinos*, Salamanca.
- Alvarez, Sonia E. et al. (Hrsg.) 1998: *The Cultures of Politics and the Politics of Culture: Re-Visioning Social Movement in Latin America*, Boulder.
- Aibar Gaete, Julio 2007 (Hrsg.): *Vox Populi – Populismo y democracia en Latinoamérica*, Ciudad de Mexico.
- Arditi, Benjamin 2005: "Populism as an Internal Periphery of Democratic Politics" in: Panizza, Francisco (Hrsg.): *Populism And The Mirror Of Democracy*, London.
- Birle, Peter, Hofmeister, Wilhelm, Maihold, Günther und Potthast, Barbara (Hrsg.) (2007): *Elites en América Latina*. Frankfurt/M. u. Madrid.
- Boeckh, Andreas 2003: "The Painful Transition of a Rentier State: Globalization and Neopopulist Regression in Venezuela", in: Barrios, Harald, Beck, Martin, Boeckh, Andreas und Segbers, Klaus (Hrsg.): *Resistance to Globalization*, Münster.
- Bourdieu, Pierre 1988: *La distinción: criterio y bases sociales del gusto*, Madrid: Taurus
- BTI 2007: *Bertelsmann Transformation Index 2008, Political Management in International Comparison*, Gütersloh.
- BTI 2005: *Bertelsmann Transformation Index 2006, Political Management in International Comparison*, Gütersloh.
- Burchardt, Hans-Jürgen 2006: *Tiempos de cambio: Repensar América Latina*, San Salvador.
- Carothers, Thomas 2002a: "The End of the Transition Paradigm", in: *Journal of Democracy* 13 :1, S. 5-21.

- Carothers, Thomas 2002b: "Debating the Transition Paradigm: A Reply to my Critics", in: *Journal of Democracy* 13:3, S. 33-38.
- Carreras, Sandra 1999: "Quince años en el laberinto democrático", in: *Nueva Sociedad*, 160, S. 29-46.
- CEPAL 2006: *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe*, Santiago de Chile.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina) 2007: *Panorama Social de América Latina 2007*, Santiago de Chile.
- Cheresky, Isidoro 2006: *Ciudadanía, sociedad civil y participación política*. Buenos Aires: Miño y Dávila.
- Cohen, Rogers 1995: *Associations and Democracy*. The real Utopias Project. London
- Collier, David und Levitsky, Steven 1997: "Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research", in: *World Politics*, 49:3, S. 430-451.
- Collier, David und Levitsky, Steven 1995: *Democracy „with Adjectives“: Finding Conceptual Order in Recent Comparative Research*, Berkeley.
- Dagnino, Evelina, Olvera, Alberto und Panfichi, Aldo (Hrsg.) 2006: *La disputa por la construcción democrática en América Latina*. México D.F.
- Dahl, Robert A. 1971: *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven-London
- Dahl, Robert A. 1989: *Democracy and Its Crisis*, New Haven-London.
- De Ferranti, David, Perry, Guillermo E., Ferreira, Francisco H.G. und Walton, Michael 2004: *Inequality in Latin America: Breaking with History?*, Washington D.C.
- Diamond, Larry, Linz, Juan J. und Lipset, Seymour Martin 1995: *Politics in Developing Countries: Comparing Experiences With Democracy*, Boulder.
- Dirmoser, Dietmar 2005: "Democracia sin demócratas. Sobre la crisis de la democracia en América Latina", in: *Nueva Sociedad*, 197: 28-40.
- Evans, Peter B. 1995: *Embedded Autonomy: States and Industrial Transformations*, Princeton.
- Fraser, Nancy; Honneth, Axel (2006): *¿Redistribución o reconocimiento?: un debate político-filosófico*, Madrid.
- Garretón, Manuel A. 1994: *La faz sumergida del iceberg: Estudios sobre la transformación cultural*, Santiago de Chile.
- Glade, William 1999: "The Complementarity of Economic Restructuring and Rebuilding the State in Latin America", in: Bresser Pereira, Luis Carlos und Spink, Peter: *Reforming the State: Managerial Public Administration in Latin America*, Boulder
- Harvey, David 2005: *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford.
- Hyman, Gerald 2002: "Debating the Transition Paradigm: Tilting at Straw Man". In: *Journal of Democracy* 13:3, S. 26-32.
- Kaufman, Robert R. und Segura-Ubiergo, Alex 2001: "Globalization, Domestic Politics, and Social Spending in Latin America: A Time-Series Cross-Section Analysis, 1973-97", in: *World Politics* 53: 4, S. 553-587
- Klarén, Peter 1995: "Lost Promise: Explaining Latin American Underdevelopment", in: Ai Camp, Roderic (Hrsg.): *Democracy in Latin America. Patterns and Cycles*, Wilmington
- Krischke, Paolo J. 2000: "Problems in the Study of Democratization in Latin America. Regime Analysis vs. Cultural Studies", in: *International Sociology* 15:1, S.107-125.
- Linz, Juan und Stepan, Alfred C. 1996: *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*, Baltimore.
- Lynn Karl, Terry 1996: "Dilemmas of Democratization in Latin America", in: Camp, Roderic A.: *Democracy in Latin America: Patterns and Cycles*, Jaguar, Wilmington.
- Madrid, Raul L. 2005: "Indigenous Parties and Democracy in Latin America". In: *Latin American Politics & Society*, 47: 4, S 161-179.
- Mainwaring, Scott 2006: "The Crisis of Representation in the Andes". In: *Journal of Democracy*, 17: 3, S13-27.
- Hagopian, Frances und Mainwaring, Scott (Hrsg) 2005: *The Third Wave of Democratization in Latin America: Advances and Setbacks*. Cambridge.
- Huber, Evelyn, Nielsen, François, Pribble, Jenny und Stephens, John D. (2006): "Politics and Inequality in Latin America and the Caribbean", in: *American Sociological Review*, 2006, Vol. 71, S. 943-963.
- Marshall, Thomas Humphrey (1949): "Citizenship and Social Class", in: ders., 1964: *Class, Citizenship, and Social Development*. Garden City: Doubleday: 65-122.
- Merkel, Wolfgang, Puhle, Hans-Jürgen, Croissant, Aurel und Thiery, Peter (Hrsg.) 2006: *Defekte Demokratien*, Bd.2, *Defekte Demokratien in Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika*, Opladen.

- Merkel, Wolfgang, Puhle, Hans-Jürgen, Croissant, Aurel, Eicher, Claudia und Peter Thiery (Hrsg.) 2003: *Defekte Demokratien Bd.1, Theorien und Probleme*, Opladen.
- Munck, Gerardo 1996: *Disaggregating Political Regime: Conceptual Issues in the Study of Democratization*, Kellogg Institute Working Paper 228.
- Munck, Gerardo L. 2004: "Democratic Politics in Latin America: New Debates and Research Frontiers", in: *Annual Review of Political Science*, 7, S. 437-462.
- Nel, Philip 2005: "Democratization and the Dynamics of Income Distribution in Low- and Middle-Income Countries", in: *Politikon: South African Journal of Political Studies*, 32:1, S.17-34.
- Nodia, Ghia 2002: "Debating the Transition Paradigm: The Democratic Path". In: *Journal of Democracy* 13 :3, S.13-19.
- O'Donnell, Guillermo 1994: "Delegative Democracy", in: *Journal of Democracy*, 5, S. 55-70.
- O'Donnell, Guillermo 1998a: "Polyarchies and the (un)Rule of Law in Latin America", Paper of LASA Congress, Chicago.
- O'Donnell, Guillermo 1998b: "Poverty and Inequality in Latin America: Some Political Reflections", in: Tokman, Victor E. und O'Donnell, Guillermo (Hrsg.): *Poverty and Inequality in Latin America. Issues and New Challenges*, Notre Dame.
- O'Donnell, Guillermo 1999a: *Counterpoints. Selected Essays on Authoritarianism and Democratization*, Notre Dame.
- O'Donnell, Guillermo 1999b: "Horizontal Accountability and New Polyarchies", in: Schedler, Andreas, Diamond, Larry und Plattner, Mark (Hrsg): *The Self-Restraining State: Power and Accountability in New Democracies*, Boulder-London
- O'Donnell, Guillermo 2002: "Debating the Transition Paradigm: In Partial Defense of an Evanescent 'Paradigm'", in: *Journal of Democracy* 13:3, S. 6-12.
- O'Donnell, Guillermo, Vargas Cullell, Jorge und Iazzetta, Osvaldo M. (Hrsg.) 2004: *The Quality of Democracy: Theory and Applications*. Notre Dame.
- Peruzzotti, Enrique und Smulovitz, Catalina 2002: *Controlando la Política. Ciudadanos y Medios en las Nuevas Democracias*, Buenos Aires.
- Petras, James und Veltmeyer, Henry 2000: *The Dynamics of Social Change in Latin America*. London.
- Plattner, Marc F. 1997: "Liberalism and Democracy: Can't Have One Without the Other", in: *Foreign Affairs*, 77: 2, S.171-180.
- PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) 2004a: *La democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos*, Buenos Aires: Aguilar, Altea, Alfaguara.
- PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) 2004b: *La democracia en América Latina. Contribuciones para el debate*, Buenos Aires: Aguilar, Altea, Alfaguara.
- Portes, Alejandro und Hoffmann, Kelly 2003: "Las estructuras de clase en América Latina: composición y cambios durante la época neoliberal", CEPAL-Arbeitspapier, Santiago de Chile.
- Przeworski, Adam, Stokes, Susan und Manin, Bernard 1999: *Democracy, Accountability and Representation*. Cambridge.
- Rawls, John 2002: *La justicia como equidad: una reformulación*, Barcelona.
- Ruiz Murrieta, Julio 2003: "Democracia y participación política de los pueblos indígenas en América Latina", Gestión de las Transformaciones Sociales (MOST), Documentos de debate, 67, Paris.
- Sandoval, Luis Ortiz 2006: "Democracia sin ciudadanos: crítica de la teoría de la transición", in: *Perfiles Latinoamericanos* 14:28, S. 263-277.
- Schedler, Andreas 1999: "Conceptualizing Accountability", in: Schedler, Andreas, Diamond, Larry und Plattner, Mark (Hrsg): *The Self-Restraining State: Power and Accountability in New Democracies*, Boulder-London.
- Schedler, Andreas 1998: "What is Democratic Consolidation?" in: *Journal of Democracy*, 9:2, S.91-107.
- Schumpeter, Joseph 1942: *Capitalism, Socialism, and Democracy*, New York.
- Sen, Amartya Kumar 2003: *Sobre ética y economía*, Madrid: Alianza Editorial.
- Van Cott, Donna Lee 2005: "Building Inclusive Democracies: Indigenous Peoples and Ethnic Minorities in Latin America", in: *Democratization*, 12: 5, S. 820-837.
- Vilas, Carlos M. 2005: "La izquierda latinoamericana y el surgimiento de regímenes nacional-populares", in: *Nueva Sociedad* 197, S 84-99.

- Wehr, Ingrid 2006: „Die theoretische Aufarbeitung des *Third Waves Blues* in Lateinamerika: Bringing the citizen back in“, in: Buchstein, Hubertus et al. (Hrsg.): *Postdemokratie. Ein neuer Diskurs?, Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 4: Dezember S. 58-71.
- Wehr, Ingrid 2007: „Decentering Citizenship: A genealogical attempt to construct a sociology of citizenship through Latin American Lenses“, unveröffentlichtes Manuskript präsentiert auf dem XXVII LASA Kongress 2007: After the Washington Consensus: Collaborative Scholarship for a new America, 5.-8.9. 2007, Montréal.
- Weyland, Kurt 1999: Populism in the age of neo-liberalism, in: Conniff, Michael L. (Hrsg.): *Populism in Latin America*, London.
- Wollack, Kenneth 2002: „Debating the Transition Paradigm: Retaining the Human Dimension“, in: *Journal of Democracy* 13:3, S. 20-25.
- World Bank 2006: *Poverty Reduction and Growth. From Vicious to Virtuous Circles*, Washington D.C.
- Yashar, Deborah J. 1999: „Democracy, Indigenous movements, and the Postliberal Challenge in Latin America“, in: *World Politics*, 52: 1, S. 76-104.